

Gesundheitsfonds und Erbschaftssteuer zeigen keinen Willen  
der Regierung zur Selbstkorrektur

## Das Mantra „Vertrauen“

Von Gerd Held

Das Krisenmanagement der Bundesregierung ist durchaus beeindruckend: schnelle Beschlüsse und Rettungspakete, punktgenau zur Eröffnung der asiatischen Börsen, Pendeldiplomatie mit den Finanzakteuren auf nationaler und europäischer Ebene, öffentliche Garantieversprechen, eine Regierungserklärung im Bundestag, die Kanzlerin und der Finanzminister an vorderster Front, eine echte Feuerprobe – und doch fehlt etwas. Der Staat hat angesichts der Finanzkrise seine eigenen Verordnungen und, Gesetze nicht auf den Prüfstand gestellt. Eine Korrektur kostspieliger und aufwendiger Vorhaben steht nicht in Aussicht. Im Gegenteil, geradezu demonstrativ hat sich die Regierungspolitik in eigener Sache auf ein „weiter so“ festgelegt. Das gilt für die Festlegung der Beitragshöhe zum Gesundheitsfonds, die eine massive Kostensteigerung bedeutet und die Rechnung für die neuen Versorgungszusagen und Zuschusserhöhungen in den vergangenen Monaten bedeutet. Bei diesem Eckwert unserer Sozialkosten hätte man das Signal erwarten können, dass angesichts der dramatischen Lage noch einmal eine Denkpause eingelegt wird. Ein Signal hätte man auch mit der Regelung der Erbschaftssteuer setzen können. Wenn der Gesetzgeber auf starre Auflagen beim Vererben von Betrieben verzichten würde, wäre das ein Akt des Vermögensschutzes und eine Stärkung der Zivilgesellschaft. Das wäre in diesen Zeiten dringend nötig, aber die Gesetzesvorlage geht in die andere Richtung. Andere teure Gesetzesvorhaben im Bereich des Umweltschutzes wie die Pflicht zur Wärmedämmung oder erhöhte Verkehrsabgaben standen erst gar nicht zur Revision auf der Tagesordnung.

Während der Markt massive Wertberichtigungen vornimmt, unhaltbare Positionen beseitigt und ganze Unternehmen schließt, mag der Staat im eigenen Haus die Worte „Überprüfung“, „Aufschub“ und „Korrektur“ nicht aussprechen. In der Wirtschaft ist eine Neuaufstellung in Arbeit, die mit knapperen Erträgen und weniger Wachstumstempo zurechtkommt, ist die Bundesregierung auf der Gegenfahrbahn unterwegs. Hier wird weder an Neuaufstellung noch an Schlankheitskur gedacht. Es heißt, die Menschen sollen nicht durch Unruhe beim Staat noch zusätzlich verunsichert werden. So mag die Kanzlerin bei ihrem Auftritt vor der Seniorenuunion am vergangenen Montag gedacht haben: Wenn wir jetzt noch anfangen, Versprechen zurückzunehmen – gar Versprechen beim sensiblen Thema der Gesundheit –, dann kann das nur Panik auslösen. Die tiefen Ängste, die die Deutschen und andere Nationen mühsam gebannt haben, würden wieder hervorkommen. Herr Lafontaine wartet schon. Also lieber eine teure, auf die Dauer unhaltbare Ruhe als eine Bereinigung unhaltbarer Positionen. Aber damit tut der Staat im Grunde genau das, was vorher auf den Finanzmärkten die Spekulationsblasen unaufhaltsam wachsen ließ. Er ignoriert Warnzeichen, beschönigt die Lage, stellt fiktive Auswege in Aussicht und gibt sich hoffnungsvoll. Kaum hatte die Regierung behauptet, die zusätzlichen Gesundheitskosten würden durch die Beitragssenkung bei der Arbeitslosenversicherung ausgeglichen, dementierten die Fachleute: der Ausgleich gilt nur bis Juni 2010, dann müssen die Beiträge auch hier wieder steigen, selbst bei gleich bleibenden Arbeitslosenzahlen. Wäre es nicht die Bundesregierung,

sondern eine Bank, würde man bei so einem Vorgehen von Zahlenmanipulation sprechen.

Die Wirkung solcher Luftbuchungen ist alles andere als ermutigend. Sie ist fatal. Sie entwertet alle Signale, die die Regierung setzen kann. Auch das Garantiever sprechen, das für die Spareinlagen gegeben wurde, wird beschädigt. Die Bürger interessiert ja nicht der gute Wille einer Regierung, ihr Gestus des Bemüht-Seins. Sie möchten einen Eindruck bekommen, wie belastbar eine staatliche Sicherung ist und welche Zahlungskraft dahinter steht. Eine „große Maßnahme“ wie das 1-Billionen-Versprechen in Windeseile sehr klein da stehen. Der Staat müsste also an seiner eigenen Bonität arbeiten – eine riesige und unaufschiebbare Aufgabe angesichts der langfristigen und strukturellen Überschuldung der öffentlichen Haushalte. Aber der Staat scheint sich in der gegenwärtigen Finanzkrise auf die Rolle eines Psychologen zurückziehen zu wollen. Man will die Bürgerseelen stärken. Die warme, schützende Hand über unseren Köpfen soll uns aufrichten. Die soziale Marktwirtschaft wird zur psychologischen Marktwirtschaft. „Vertrauen“ ist zum Mantrawort der Krise geworden. Alles sei nur ein Problem des Vertrauens, heißt es. Abgerechnet wird nicht mehr in Euros, denn „Vertrauen ist die wichtigste Währung des Finanzsystems“ (Merkel). Man müsste es nur wie

derbeschaffen, das Vertrauen – mit guten, hoffnungsvollen Menschen gegen die bösen, kalten Manager würde der Laden wieder laufen. Aber wie ist das Vertrauen bloß verschwunden? Wurde es gestohlen? Ist es uns aus der Tasche gefallen? Oder gar ausgewandert von dieser Erde?

Nein, die ganze Vertrauensdebatte ist ein Holzweg. Jedes Vertrauen braucht eine Grundlage. Es wächst und lebt mit überstandenen Belastungen und Bewährungen. Entscheidende Eckwerte unseres Marktvertrauens haben sich als trügerisch erwiesen. Eine neue, realitätstüchtige und belastbare Grundlage unseres Vertrauens muss her. Massive Wertberichtigungen sind unvermeidlich. Die Wirtschaft braucht eine neue Bodenbildung. Sie wird sie finden, die Märkte arbeiten schon daran. Wenn es um eine solche Bodenbildung geht, muss auch der Staat seinen Beitrag leisten und an der eigenen Bonität arbeiten. Der verschuldete Sozialstaat ist eine schwere Hypothek in der gegenwärtigen Krise. Wird seine Sanierung jetzt verschoben, um eine vordergründige Sicherheit herzustellen und „aufzumuntern“, wird neues Vertrauen nicht wachsen. Man kann Milliarden bewegen, es wird doch keine Grundlage finden. Der Staat ist wieder da, heißt es. Gut. Aber er ist noch nicht bei sich selbst angekommen. Die Märkte sind schon bei der Selbstkorrektur.

(Manuskript vom 9.10.2008, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 10.10.2008 unter der Überschrift „Jedes Vertrauen braucht eine Grundlage“ )